

Satzung der Gemeinde Kochel am See zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans "Ötzgasse"

Die Gemeinde Kochel am See erlässt aufgrund der §§ 9, 10 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB), des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayGO), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Inhalts (PlanZV), des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), in der jeweils zum Datum des Satzungsbeschlusses letztgültigen Fassung folgende 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans „Ötzgasse“ als Satzung.





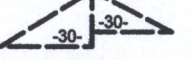
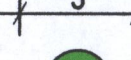


Änderung des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan „Ötzgasse“ in der rechtsverbindlichen Fassung vom 08.09.1993 wird geändert:

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans „Ötzgasse“ umfasst gemäß Planzeichnung die Grundstücke Fl.-Nr. 1413/1, 1413/2, 1416, 1416/2, 1416/3, 1416/4, 1416/5, 1416/6, 1416/7, 1416/8, 1416/9, 1417, 1374/1 sowie 1176 Tfl., 1352 Tfl und 1418 Tfl. der Gemarkung Kochel am See.

Der bisherige Bebauungsplan „Ötzgasse“ wird durch die 1. Änderung des Bebauungsplans „Ötzgasse“ ersetzt.

A Festsetzungen durch Planzeichen

- 1 ■ ■ ■ ■ Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 1. Änderung des Bebauungsplans
- 2  WA Allgemeines Wohngebiet
- 3 0,24 Grundflächenzahl (hier GRZ=0,24)
- 4 II max. 2 Vollgeschosse zulässig (Hinweis zum Begriff „Vollgeschoss“: Auf die Übergangsvorschrift des Art. 83 Abs. 6 BayBO wird verwiesen.)
- 5 WH 6,40 max. zulässige Wandhöhe (hier: 6,40 m), gemessen von OK Fertigfußboden EG bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut.
- 6 o offene Bauweise
- 7  ED zulässig sind Einzel- und Doppelhäuser
- 8 - - - - - Baugrenze (überdachte Stellplätze sind auch außerhalb der Baugrenze zulässig)
- 9  öffentliche Verkehrsfläche
- 10  Straßenbegrenzungslinie
- 11  Sichtdreieck mit Angabe der Schenkellängen in Metern, das von jeder Sichtbehinderung höher als 0,80 m über der Fahrbahnmittlinie freizuhalten ist.
- 12  Maßangabe in Metern (z.B. 3,0 m)
- 13  Pflanzgebot, zulässig sind alle heimischen Laubbäume wie z.B. Birke, Bergahorn, Linde, Erle sowie Obstbäume (Mindestpflanzgröße 250-300 cm).
- 14  Zufahrt zum Grundstück (je Grundstück ist max. 1 Zufahrt zulässig)

B Festsetzungen durch Text

- 1 Für Wohngebäude wird eine Dachneigung (DN) von 15-31 Grad zugelassen.
- Dächer von Wohngebäuden und Garagen sind an Ortsgang und Traufe mit einem Dachüberstand von mind. 0,50 m auszubilden. Allgemein zulässig ist für die geneigten Dächer eine Dachziegel- oder Dachpfannendeckung. Die Dacheindeckung ist in naturrot, rotbraun oder in Grautönen zulässig.
- Ein Zwerchgiebel (zusätzlicher Giebel quer zur Hauptdachrichtung, auch Quergiebel genannt) / Wiederkiegebel (Quergiebel der von der Fassade hervorspringt) wird zugelassen, wenn dieser eine maximale Breite von 1/3 der Gebäudelänge nicht überschreitet. Die Firsthöhe des Zwerchgiebels / Wiederkiegebel muss mindestens 0,50 m niedriger sein als die des Hauptfirstes.
- 2 Der Baukörper muss eine deutlich erkennbare rechteckige Form ohne Einschnürungen haben. Anbauten, Wintergärten u.ä. bis zu 1/3 der Länge der betreffenden Außenwand sind gestattet. Diese vorgenannten Anbauten sind nur an den Gebäudelängsseiten zulässig. Balkone dürfen nicht unterbaut werden. Die Bezeichnung der Gebäudelängsseite bei Doppelhäusern bezieht sich auf den Gesamtbaukörper.
- 3 Fassadengestaltung
- Die Außenwände sind so verputzen und in heller Farbe zu streichen. Grelle Farbanstriche sind unzulässig. Außenwandverkleidungen anstelle von Putzfassaden sind nur in Holz zulässig. Balkongeländer sind in Holz auszuführen.
- Doppelhaushälften sind so zu gestalten, dass durch Abstimmung der gewählten Materialien, Gebäudeteile, Gebäudehöhen oder Aufteilungen die Hälften insgesamt als ein Gebäude erscheinen.
- 4 Brüstungsgeländer sind in echtem Holz auszuführen (aus ausschließlich heimischen Holzarten). Verzierungen an Holzteilen, vor allem bei Balkonbrüstungen (z.B. Balustrade), Sparren, Pfettenköpfen und Ortgangbrettern sind unzulässig.
- 5 Die Oberkante des Fußbodens im Erdgeschoss darf höchstens 30 cm über das Gelände geführt werden. Höhenunterschiede sind als natürliche Böschungen auszubilden und in ihrer Lage und Höhe dem natürlichen Geländeverlauf anzupassen.
- 6 Entlang öffentlicher Straßen und Wege sind nur Holzzäune bis zu einer Höhe von max. 1,20 m über OK Gelände zulässig. An den sonstigen Grundstücksgrenzen sind auch gartenseitig hinterpflanzte Maschendrahtzäune bis zu einer Höhe von 1,20 m über OK Gelände möglich. Der Abstand vom Erdreich zum Zaun muss mindestens 15 cm betragen.
- Zwischen den Parzellen ist je Grundstücksgrenze ein Sichtschutz von max. 5 m Länge und 2 m Höhe aus Holz oder als Hecke zulässig.
- Zaunsäulen sind nur als Einzelfundamente zulässig. Streifenfundamente und durchlaufende Zaunsockel sind unzulässig.
- Lebende Hecken sind nur bis zu einer Höhe von 1,80 m zulässig. Zur Grundstücksgrenze ist ein Pflanzabstand von 0,5 m einzuhalten.
- Gartenmauern werden nicht zugelassen.
- Abfalltonnen sind einzuhausen.
- 7 Pflanzgebote
- Je angefangene 250 m² Grundstücksfläche ist mindestens ein Laubbaum I. Wuchsordnung oder zwei Laubbäume II. Wuchsordnung oder zwei Obstbäume als Hochstamm zu pflanzen.
- Mind. 15 Sträucher sind in Gruppen oder als Hecke zu pflanzen.
- Die zu pflanzenden Bäume und Sträucher sind dauerhaft durch Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen zu erhalten und zu pflegen. Im Falle des Absterbens sind Neuanpflanzungen entsprechend der abgestorbenen Bestände vorzunehmen.
- Die festgesetzten Bepflanzungen dienen dem Klimaschutz und der Wohnqualität im Ortsteil und sind spätestens in der auf die Bezugsfertigkeit des Gebäudes kommenden Pflanzperiode zu pflanzen.

Pflanzenvorschlagsliste

Für die Pflanzgebote sind diese heimischen Baum- und Straucharten zu verwenden:

Bäume I. Wuchsordnung: -
-Acer platanoides, Spitzahorn
-Acer pseudoplatanus, Bergahorn
-Fagus sylvatica, Rotbuche
-Fraxinus excelsior, Esche
-Quercus robur, Stieleiche
-Tilia cordata, Winterlinde

Bäume II. und III. Wuchsordnung: -
-Acer campestre, Feldahorn
-Carpinus betulus, Hainbuche
-Malus silvestris, Holzapfelbaum
-Populus tremula, Zitterpappel
-Prunus avium, Vogelkirsche
-Pyrus pyrastrae, Holzboime
-Sorbus aria, Mehlbeere
-Sorbus aucuparia, Vogelbeere
-Taxus baccata, Gemeine Eibe

Sträucher: -
-Corylus avellana, Walnhasel
-Cornus mas, Kornelkirsche
-Cornus sanguinea, gemeiner Hartriegel
-Euonymus europaeus, Pfaffenhütchen
-Ligustrum vulgare, gemeiner Liguster
-Lonicera xylosteum, gemeine Heckenkirsche
-Prunus spinosa, Schlehdorn
-Rosa canina, Hundrose
-Salix caprea, Salweide
-Sambucus nigra, schwarzer Holunder
-Viburnum opulus, Wasserschneeball
-Viburnum lantana, Wolliger Schneeball

Die Außenanlagen sind bis spätestens einem Jahr nach Bezugsfertigkeit anzulegen, dabei sind Freiflächen zu begrünen, Schottergärten werden nicht zugelassen.

8 KFZ-Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen (z. B. wassergebundene Decke, Schotterrassen, Pflaster mit Splitt- oder Rasenfugen, Rasengittersteinen oder ähnlichen Materialien) herzustellen.

9 Die max. zulässige Hauslänge für Doppelhäuser beträgt 16 bis 18 m. Die Mindestgrundstücksgröße eines Baugrundstücks beträgt für Doppelhaushälften 350 m² und für Einzelhäuser 400 m².

10 Die maximale Anzahl an Wohneinheiten (WE) beträgt im WA in Einzelhäusern 3 WE pro Gebäude, in Doppelhäusern 2 WE je Doppelhaushälfte.

11 Immissionschutz

Bei der Planung und Installation von Klimageräten, Kühlgeräten, Lüftungsgeräten, Luft-Wärme-Pumpen, Mini-Blockheizkraftwerken und ähnlichen Anlagen und Geräten sind die sich aus dem LAI "Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten" ergebenden Mindestabstände zur benachbarten Wohnbebauung zu beachten.

Der Leitfaden kann bei der Gemeinde Kochel am See abgefragt werden.

12 Nutzung von Sonnenenergie

Auf den Dächern sind Photovoltaik- und thermische Solaranlagen zulässig, diese sind in die Dachfläche zu integrieren oder in gleicher Neigung auf das Dach zu montieren. Aufgeständerte Anlagen werden nicht zugelassen.

13 Artenschutz:

Vor dem Abriss von Gebäuden/ Gebäudeteilen sind diese von einer fachkundigen Person auf Vorkommen geschützter Tierarten zu prüfen und zu dokumentieren. Sollten geschützte Tiere festgestellt werden, ist das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Bei der Neuerrichtung oder Erweiterung von Gebäuden ist je eine Nisthilfe für Gebäudebrüter (Vögel) und Fledermäuse mit dem Faktor 0,2 Quartiere je lfm Fassadenfläche an bzw. in Dachflächen und Fassadenelemente zu integrieren und dauerhaft zu unterhalten. Als Nisthilfen sind z.B. im Hand- oder Halbmeter, fertige Niststeine in die Fassade einzubauen. Die Nisthilfen sind im Eingabeplan zu kennzeichnen.

Lichtschränke und ähnliche Bauteile sind so auszuführen, dass diese keine Fallen für Kleintiere, Reptilien und Amphibien darstellen (z.B. Abdeckungen oder Fluchtmöglichkeiten).

Außenbeleuchtung:

Im Sinne von § 41a BNatSchG sowie Art. 11a BayNatSchG sind zu errichtende Beleuchtungen an Straßen und Wegen, Außenbeleuchtungen baulicher Anlagen und Grundstücke technisch und konstruktiv so anzubringen, mit Leuchtmitteln zu versehen und so zu betreiben, dass Tiere und Pflanzen wild lebender Arten vor nachteiligen Auswirkungen durch Lichtimmissionen geschützt sind. Hierzu sind abgeschirmte Leuchtentypen mit gezielter Lichtlenkung („Full-Cut-Off-Lampen“) zu verwenden. Auf Bodeneinbaustrahler ist zu verzichten. Reinweißes Licht mit Wellenlängen unter 540 nm und > 2.700 K ist zu vermeiden. Dauerhafte Beleuchtungen sind nur als Straßenbeleuchtung zulässig.

Schutz vor Vogelschlag:

Zum Schutz vor Vogelschlag sind große Glasflächen (> 1,5 qm) sowie „Über-Eck-Verglasungen“ möglichst zu vermeiden oder alternativ mit lichtdurchlässigen, nicht transparenten Materialien (z.B. halb-transparente, mattierte, eingefärbte, bombierte oder strukturierte Glasflächen, Siebdrucke, farbige Folien) zu verwenden. Es ist Fensterglas mit einem möglichst geringen Außenreflexionsgrad (max. 15%) zu verwenden (UV-Methoden und Greifvogelhelouetten gelten nicht als ausreichend wirksam).

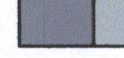
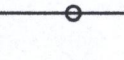
14 Ferienwohnungen – Hauptnutzung und Unterordnung:

In den allgemeinen Wohngebieten ist Wohnen die Hauptnutzung. Ferienwohnungen sind nur als untergeordnete Nutzung innerhalb von Wohngebäuden zulässig.

Anzahl je Objekt: Je Wohngebäude ist maximal 1 Ferienwohnung zulässig. Die Nutzfläche einer Ferienwohnung muss untergeordnet gegenüber der Hauptnutzung Wohnen sein.

Ferienwohnungen sind nur innerhalb des Hauptgebäudes zulässig. In Nebenanlagen (§ 14 BauNVO) sind Ferienwohnungen unzulässig. Eigenständige Gebäude ausschließlich zur Ferienwohnnutzung sind unzulässig. Zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Satzung bereits bestehende Ferienwohnungen sind von dieser Regelung ausgenommen. Bei Neu- oder Anbauten entfällt der Bestandsschutz.

C Hinweise durch Planzeichen

- 1  bestehende Haupt- und Nebengebäude
- 2  bestehende Flurgrenzen
- 3 1417 Flurnummer (z.B. 1417)
- 4 ① Parzellen-Nummer (z.B. Parzelle 1)

D Hinweise durch Text

- 1 Vorsorgender Bodenschutz
- Der Oberboden ist vorschriftsmäßig abzutragen, geordnet in Mieten zu lagern und einer zweckentsprechenden Nutzung als Vegetationsschicht zuzuführen.
- 2 Bodendenkmalpflegerische Belange
- Zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 BayDSchG.

- 3 Niederschlagswasser
- Gering verschmutztes Niederschlagswasser von privaten, befestigten Flächen muss auf den Baugrundstücken ordnungsgemäß versickert werden. Die Versickerung soll vorzugsweise breitflächig und über eine mindestens 30 cm mächtige bewachsene Oberbodenzone erfolgen.
- Anlagen zur Ableitung von Niederschlagswasser sind so zu unterhalten, dass der Wasserabfluss dauerhaft gewährleistet ist. Die Flächen sind von Abflusshindernissen freizuhalten. Überbauen oder Verfüllen, Anpflanzungen, Zäune sowie die Lagerung von Gegenständen, welche den Zu- und Abfluss behindern oder fortgeschwemmt werden können, sind unzulässig.
- Die Rückhaltung von Regenwasser für die Gartenbewässerung soll bei der Planung (Niederschlagswassermanagement) berücksichtigt werden.
- Für die Versickerung vorgesehene Flächen sollen vor Verdichtung geschützt werden. Deshalb sind die Ablagerung von Baumaterialien, Bodenaushub oder das Befahren dieser Flächen bereits während der Bauzeit soweit es geht zu vermeiden.
- Das Arbeitsblatt DWA-A 138 „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“ und das Merkblatt DWA-M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“ sind zu beachten.

Grundsätzlich ist für eine gezielte Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser oder eine Einleitung in oberirdische Gewässer (Gewässerbenutzungen) eine wasserrechtliche Erlaubnis durch die Kreisverwaltungsbehörde erforderlich. Hierauf kann verzichtet werden, wenn bei Einleitungen in oberirdische Gewässer die Voraussetzungen des Gemeingebrauchs nach § 25 WHG in Verbindung mit Art. 18 Abs. 1 Nr. 2 BayWG mit TRENOG (Technische Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in oberirdische Gewässer) und bei Einleitung in das Grundwasser (Versickerung) die Voraussetzungen der erlaubnisfreien Benutzung im Sinne der NWFriEV (Niederschlagswasserfreistellungsverordnung) mit TRENGW (Technische Regeln für das zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser) erfüllt sind.

- 4 Starkniederschläge
- Sturzfluten als Folge von Starkniederschlägen können grundsätzlich überall auftreten. Die oftmals kostenintensiven Auswirkungen einer Sturzflut können jedoch bereits durch fachgerechte Planungen und angepasste Bauweisen verringert, teilweise sogar beherrscht werden. Die Planer und Bauherren sollten sich über die Broschüre des BBK „Empfehlungen bei Sturzfluten“ weitergehend informieren. Dort sind die baulichen Aspekte einer wasserdichten Ausführung behandelt.

Zur Vermeidung evtl. Folgeschäden aus möglichen Extremniederschlägen wird allen Bauherren empfohlen, die Gartengestaltung so vorzunehmen, dass der Abfluss des Niederschlagswassers vom Gebäude weg orientiert ist. Wohngebäude und Garagen sollten so errichtet werden, dass zwischen den Baukörpern das Oberflächenwasser ungehindert abfließen kann.

Das Niederschlagswasser darf nicht auf Nachbargrundstücke geleitet werden. Zur angrenzenden Straße hin ist eine an die eigene Entwässerungslage angeschlossene Rinne vorzusehen oder auf Anforderung der Gemeinde nachzurüsten (z.B. im Rahmen von Neu-, An- oder Umbauten). Wasser von Privatgrundstücken darf nicht auf die öffentliche Straße abgeleitet werden.

Gebäude, die aufgrund der Hanglage ins Gelände einschneiden, sind bis 25 cm über Gelände konstruktiv so zu gestalten, dass infolge von Starkregen oberflächlich abfließendes Wasser nicht eindringen kann.

Die Gebäude sind bis zu dieser Kote wasserdicht zu errichten (Keller wasserdicht und – so weit erforderlich – auftriebsicher, dies gilt auch für Kelleröffnungen, Lichtschächte, Zugänge, Installationsdurchführungen etc.). Sollten Lichtgräben für höherwertige Nutzung der Keller zugelassen werden, sind diese ebenfalls so zu konstruieren, dass weder Grundwasser noch Oberflächenwasser zutreten kann.

Auf eine wassersensible Gebäudeplanung ist zu achten. Ebenfalls ist § 37 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zu berücksichtigen. [Wassersensible Siedlungsentwicklung \(bayern.de\)](http://www.stmuv.bayern.de/themen/wasserwirtschaft/abwasser/wassersensible_siedlungsentwicklung/index.html) - Empfehlungen für ein zukunftsfähiges und klimaangepasstes Regenwassermanagement in Bayern; (http://www.stmuv.bayern.de/themen/wasserwirtschaft/abwasser/wassersensible_siedlungsentwicklung/index.html)

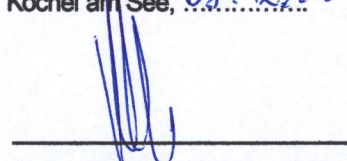

Auf die Möglichkeit zum Abschluss einer Elementarschaden-Versicherung und die Empfehlungen der „Hochwasserschutzfibel des Bundesbauministeriums“ wird ergänzend hingewiesen.

- 5 Vermeidungsmaßnahmen / Naturschutz
- Bestehende Gehölz- und Grünstrukturen sind als Eingrünung zu erhalten und bei den Baumaßnahmen durch baumerhaltende und schadenbegrenzende Maßnahmen vor Beeinträchtigung, z.B. durch Wurzelverletzungen infolge von Bodenverdichtung und Abgrabung zu schützen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass bei Baumaßnahmen oder Maßnahmen an Gehölzen der Artenschutz sowie die gültigen Regelungen des Naturschutzrechtes zu beachten sind.
- 6 Emissionen / Immissionen
- Die durch die landwirtschaftliche Nutzung der angrenzenden und umliegenden Flächen entstehenden Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen sind im gesamten Bebauungsplangebiet hinzunehmen. Dies gilt auch z.B. für Lärmimmissionen die bei besonderen Pflege- oder Erntetätigkeiten nachts entstehen. Auf mögliche Lärm- und Geruchseinwirkungen von landwirtschaftlichen Nutzungen sowie von Handwerks- und Gewerbebetrieben durch einen stark ländlich geprägten Siedlungsraum wird ausdrücklich hingewiesen. Immissionen die von den Bahnanlagen ausgehen sind ebenfalls zu dulden.
- 7 Es gilt die Abstandsflächensatzung sowie die Stellplatzsatzung der Gemeinde Kochel am See in der jeweils zum Bauantrag gültigen Fassung.
- 8 Photovoltaik- / Solaranlagen
- Bestehende Bahnrinnen dürfen durch die Bildwirkung von Photovoltaik- und Solaranlagen keinesfalls beeinträchtigt werden. Eine Blendwirkung ist zu vermeiden.
- 9 Der Gemeinderat befürwortet ausdrücklich überdachte Stellplätze und Nebenanlagen i. S. v. § 14 BauNutzungsverordnung (BauNVO) auf nicht überbaubaren Grundstücksflächen. Diese können nach § 23 Abs. 5 BauNVO ausnahmsweise zugelassen werden.

E Verfahrensvermerke:

- 1 Der Gemeinderat der Gemeinde Kochel am See hat in der Sitzung vom 26.05.2025 die 1. Änderung des Bebauungsplans „Ötzgasse“ beschlossen. Der Änderungsbeschluss wurde am 03.07.2025 ortsüblich bekannt gemacht.
- 2 Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans in der Fassung vom 26.05.2025 wurde mit der Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 03.07.2025 bis 04.08.2025 im Internet veröffentlicht und öffentlich ausgelegt.
- 3 Zu dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans mit Begründung in der Fassung vom 26.05.2025 wurden die Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig beteiligt.
- 4 Die Gemeinde Kochel am See hat mit Beschluss des Gemeinderates vom 29.09.2025 die 1. Änderung des Bebauungsplans „Ötzgasse“ in der Fassung vom 29.09.2025 mit der Begründung nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

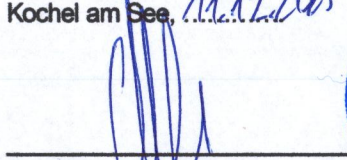

Kochel am See, 08.12.2025

Erster Bürgermeister Jens Müller

Der Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans „Ötzgasse“ wurde am 10.12.2025 gem. § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die Änderung des Bebauungsplans ist damit in Kraft getreten.

Kochel am See, 11.12.2025

Erster Bürgermeister Jens Müller

Gemeinde Kochel am See

Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen



1. Vereinfachte Änderung des BEBAUUNGSPLANS NR. 10 "ÖTZGASSE"

Verfahren nach § 13a BauGB

LAGEPLAN M 1:1000

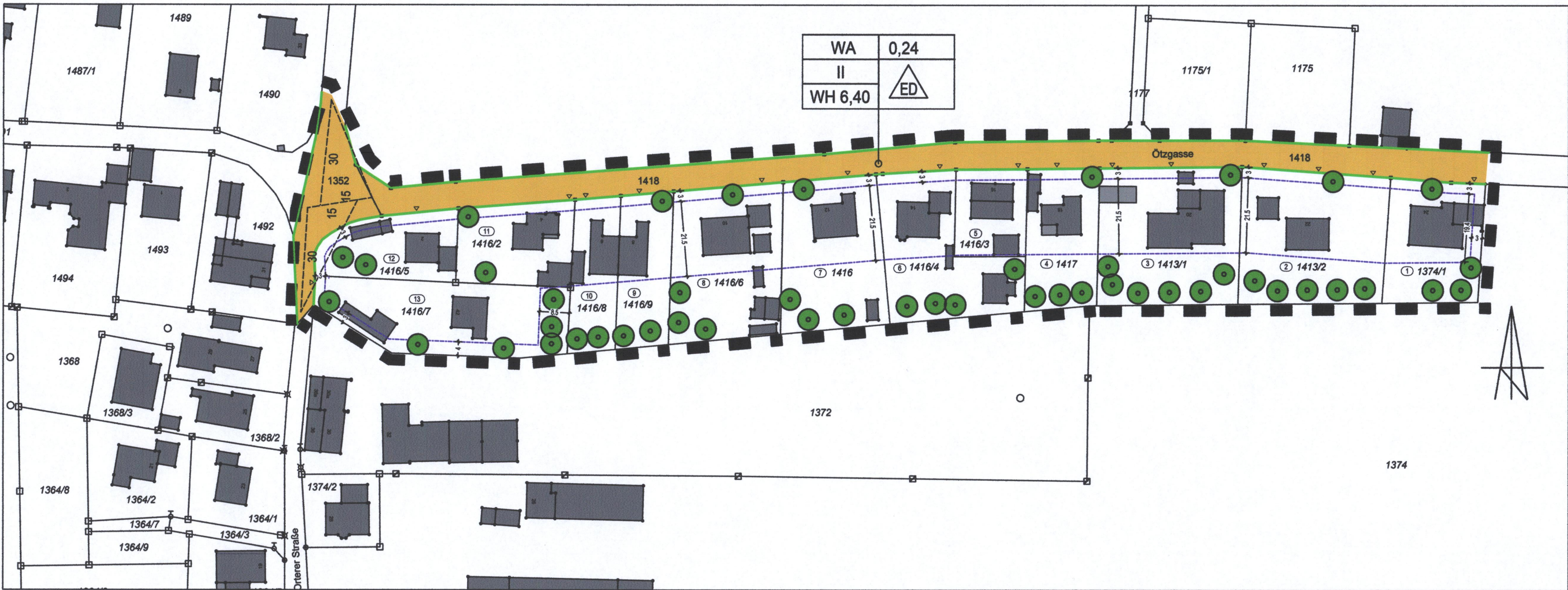
PLANVERFASSER

 **STEPHAN JOCHER**
Architekten · Stadtplaner · Generalplaner

Stephan Jocher, Dipl. Ing. FH
Architekt u. Stadtplaner

Büro Penzberg:
Karlsstrasse 11
82377 Penzberg
Tel.: +49 (0)8856 – 8054450
E-Mail: s.jocher@jocher.com

Büro Wasserburg:
Schmidzeile 14
83512 Wasserburg a. Inn
Tel.: +49 (0)8071 – 50055
E-mail: architekten@jocher.com



1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans "Ötzgasse" Gemeinde Kochel am See